Eidgenössische Aufgaben

Objekttyp: **Chapter**

Zeitschrift: **Neujahrsblatt / Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen**

Band (Jahr): **136 (1958)**

PDF erstellt am: **03.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Schoss der Zukunft ruhten, und dass selbst eine so traditionsgebundene Stadt wie Basel sich auf die Dauer nicht gegen die Regsamkeit der neuen Kunst hinter liebgewordenen Vorstellungen verschanzen dürfe. Die erläuternden Führungen durch die Ausstellungen, die der aufgeschlossene Konservator Wilhelm Barth veranstaltete, um problematische Werke dem Verständnis näherzubringen, waren erste Spatenstiche auf einem noch lange steinigen Acker.

III. Eidgenössische Aufgaben

1. Eine Auseinandersetzung mit dem Bundesrat

Die früher erwähnte, in militärischem Auftrag erfolgte Tätigkeit der Basler Polizei in der Ajoie erzeugte eine ernste Verstimmung zwischen unserer Regierung und dem Vorsteher des Politischen Departements. Die Akten gewähren einen tiefen Einblick in die divergierenden staatsrechtlichen und politischen Auffassungen sowie in Charakter und Temperament zweier geistig und moralisch hochstehender Persönlichkeiten; sie offenbaren aber auch eine gewisse unlösbare tragische Situation der Behörden bei der Erfüllung ihrer Neutralitätspflichten, zu der sich wohl in keinem andern Kanton eine Analogie finden liesse. Man kann namentlich die vertraulichen Schreiben von Bundesrat Hoffmann, deren wie gestochene Schriftzüge die peinliche Gewissenhaftigkeit dieses Magistraten widerspiegeln, nur mit tiefer Bewegung lesen; aber auch die Briefe und Konzepte von Regierungsrat Miescher, seines Partners in dieser aufschlussreichen Korrespondenz, enthüllen das Bild eines aufrechten Patrioten, der mannhaft und mit gutem Gewissen für die angegriffene Ehre seiner Vaterstadt eintrat.

Der Stein geriet ins Rollen durch ein am 3. Januar im «Petit Parisien» erschienenes Interview Hoffmanns. Nach dem Wortlaut sollte er zwar die Legende von der Teilnahme der deutschen Polizei an der Fremdenüberwachung in Basel energisch bestritten, jedoch als Ergebnis einer unparteiischen Untersuchung zugegeben haben, es habe unserer Polizei anfänglich vielleicht etwas an Takt und Fingerspitzengefühl beim Vorgehen gegen vermeintliche Spione gefehlt; doch würden sich solche aus Übereifer begangene Ungeschicklichkeiten künftig nicht mehr wiederholen. Als die «Basler Nachrichten» diese Vernehmlassung in deutscher Übersetzung publizierten, erkundigte sich Miescher telegraphisch bei Hoffmann über die Authentizität des Textes. Die Antwort lautete, er habe bewusst vereinzelte Missgriffe erwähnt, weil der Ausfrager genau über eine ungenügend motivierte Verhaftung eines vom Französischen Botschafter empfohlenen Pariser Journalisten informiert gewesen

sei; der Ausdruck «excès de zèle» habe die Basler Polizei nicht anschuldigen, sondern im Gegenteil decken sollen; alles andere sei hingegen «auf Rechnung der üblichen Interview-Stilistik» zu setzen. Nun teilte Miescher dem Aussenminister in einem Eilbrief mit, die Regierung werde in irgendeiner Form, durch einen Schritt beim Gesamtbundesrat, durch die Veranlassung einer Interpellation im Grossen Rat oder durch eine Kundgebung in der Presse, Genugtuung dafür heischen, dass die ungerechtfertigte welsche Zeitungshetze durch die Auskunft an ein ausländisches Blatt verstärkt worden sei. Zur Vermeidung des öffentlichen Aufsehens schlug Miescher vor, Hoffmann möge den schiefen Eindruck des Interviews durch eine Anerkennung der wertvollen Dienste der Basler Polizei korrigieren; denn man habe das Gefühl, der Bund habe unsere Behörden bis zu einem gewissen Grad desavouiert. Da die umgehend gewünschte Antwort Hoffmanns nicht mehr vor der Sitzung des Regierungsrates am 9. Januar eintraf, hielt sich dieser für berechtigt, sich ohne weiteren Aufschub direkt an den Gesamtbundesrat zu wenden. In seinem Schreiben verwahrte er sich sowohl gegen die angebliche Untersuchung der Basler Polizeipraxis, wovon der Regierung ebenso wenig wie von einer Verfügung zur Vermeidung künftiger Missgriffe etwas bekannt sei, als auch gegen die Bemängelung der Taktik der Polizeiorgane, die durch den militärischen Auftrag bedingt gewesen sei. Da Basels Ansehen im In- und im Ausland durch die Reportage schwer geschädigt werde, müsse die Regierung zur Beruhigung der Bevölkerung auf eine unverzügliche öffentliche Rehabilitierung dringen und um die namentliche Bezeichnung aller nach Ansicht des Bundesrates anstössigen Fälle ersuchen.

Es scheint fraglich, ob die erst nachträglich eintreffende Antwort Hoffmanns an Miescher diesen Beschluss verhindert hätte; denn das streng vertrauliche Schreiben enthielt die Zusicherung der Bereitschaft, die Unterschiebungen des Interviews zu dementieren und die Verdienste der Basler Fremdenpolizei anzuerkennen, bloss zu Handen der Regierung; der damit verbundene Verzicht auf öffentliche Wiederherstellung ihres Kredits hätte sie wohl schwerlich befriedigt. Vollends hätte sie es höchlichst befremden müssen, wenn sie erfahren hätte, was Hoffmann dem Adressaten über die Unmöglichkeit anvertraute, die Handhabung der Neutralität mit den unausweichlichen Notwendigkeiten der politischen Opportunität zu vereinbaren: es gebe Situationen, wo es geradezu erwünscht sei, dass die Polizei ihre Pflicht *nicht* erfülle. «Ich kann nur andeuten, dass unsere politischen Landesinteressen uns so gebieterisch geboten, die Friktionen mit Frankreich möglichst zu vermeiden, dass demgegenüber das Interesse, den oder jenen Spion zu erwischen, gar nicht in Betracht kommen konnte». Hoffmann suchte diese grundsatzwidrige Stellungnahme, die er sich sicherlich nur in grösster Ge-

wissensnot hatte abringen können, damit zu rechtfertigen, dass seine mündlichen Mahnungen an Regierungsrat Blocher (den stellvertretenden Vorsteher des Polizei-Departements), gegen französische und elsässische Staatsangehörige nur mit äusserster Vorsicht polizeilich vorzugehen, nicht gefruchtet hätten, und dass die Regierung einer zweimaligen vertraulichen Warnung Minister Bourcards an Burckhardt-Schazmann offenbar nicht die nötige Beachtung geschenkt habe. Ferner verhehlte Hoffmann seine fast einer Anklage gleichkommende Auffassung über die Aktion der Basler Polizei in der Ajoie nicht mehr: trotz dem militärischen Auftrag hätte es der Takt verlangt, die bernischen Behörden vorgängig zu unterrichten, und die Verhaftung des Kommissars von Delle sei «politisch ein Fehlgriff erster Güte» gewesen; am schlimmsten aber sei die Drohung mit öffentlichen Enthüllungen, welche die Landessicherheit gefährden müssten, und die in einem geradezu lächerlichen Missverhältnis zur geringen Bedeutung der Spionagesache stünden.

Mochte auch unsere Regierung das Dilemma des Leiters der eidgenössischen Aussenpolitik zwischen patriotischen und diplomatischen Forderungen menschlich würdigen, so konnte es ihr nicht gleichgültig sein, wenn die Makellosigkeit ihrer Absichten und die Korrektheit ihres Vorgehens öffentlich im Zwielicht blieben. Und doch musste sie nach aussen schweigen; denn es war kaum auszudenken, wie das unbedingte Vertrauen des Volkes in die Integrität just desjenigen Mitgliedes der obersten Landesbehörde, das durch seine Aufrufe zur Einhaltung der Neutralität als der Bannerträger der nationalen Idee galt, durch den Verdacht erschüttert würde, dass durch ihn selbst diese Maxime auch nur geritzt werde. Hätte der einfache Bürger im Wehrkleid, der im harten Grenzdienst stand, diese «doppelte Moral» begreifen und hinnehmen können, ohne dass alles in ihm zusammengebrochen wäre? Für das Andenken Bundesrat Hoffmanns darf es wohl ein Glück genannt werden, dass er durch seinen dramatischen Abgang von der politischen Bühne im Jahr 1917, wo ihm sein glühender Wille, zu einem raschen Friedensschluss beizutragen, zum Fallstrick wurde, alles gesühnt hat, was sein Bild hätte trüben können. Für die Schweiz aber war es schon 1915 ein noch höher anzuschlagender Segen, dass die Diskretion Regierungsrat Mieschers keinen Schatten der Zweideutigkeit auf den Ehrenschild seines Gegenspielers fallen liess, über dessen reine Absichten er nicht im Zweifel sein durfte, so wenig er sachlich und taktisch mit ihm einig gehen konnte.

Dies bezeugen undatierte Notizen aus Mieschers Hand, die den Sachverhalt möglichst nüchtern rekonstruierten, wahrscheinlich um im Fall einer Wiederaufnahme der Diskussion als Arsenal stichhaltiger Argumente zu dienen. In einem ersten Teil wird die rechtliche Lage resümiert: unsere Polizeibehörden waren zu selbständigem Vorgehen im Rahmen der Heeres-

polizei gesetzlich befugt, trotzdem dies durch die engen kantonalen Grenzen erschwert war. Dann wird die Praxis der Basler Polizei seit Kriegsausbruch dargestellt: die prompte Erledigung aller Denunziationen widerlegt den Vorwurf der Ungeschicklichkeit; wenn von den stichhaltigen Fällen die meisten das französische Konto belasten, so ist dies nicht in Parteilichkeit, sondern in der geographischen Lage Basels als Vorposten an der deutschen Grenze beidseits des Rheins begründet; die Behauptung der Voreingenommenheit gegen Frankreich kann höchstens für einen Teil der Bevölkerung gelten. Die welsche Presse hat die nachgesuchte Aufnahme von Berichtigungen ihrer Anschuldigung der Polizei verweigert; die Legende von deutscher Einmischung scheint gerade durch die gewissenlose Zeitungshetze erzeugt worden zu sein, gegen die der Bund, ungeachtet seiner Zensurvollmachten, nicht den kleinsten Schritt unternommen hat. Die Motivierung der Vorwürfe mit diplomatischen Erwägungen muss solange zurückgewiesen werden, als das Politische Departement nicht die Armee rechtzeitig über seine Intentionen informiert; sonst darf es die ausführenden Organe nicht tadeln, wenn der Pelz, der gewaschen werden soll, auch nass wird. Am meisten aber ist die Regierung entrüstet, dass die Kritik ihrer angeblichen Fehler statt in direkter Aussprache durch den Kanal einer ausländischen Zeitung laut geworden ist. Wenn sie sich dennoch der Ansicht des Bundes fügen will, so darf sie dessen Schutz vor böswilligen Anfeindungen verlangen, zumal auch die andern Kantone von ihrer Integrität fest überzeugt sind. Da eine Anfrage unseres Polizei-Inspektors an seinen Kollegen in Genf ergab, dass dort 212 Spionageanzeigen untersucht werden mussten (in Bern 75 und in Zürich etwa 30), konnte Miescher die 236 auf Basel fallenden Untersuchungen mit dem Hinweis auf die fast gleich hohe Zahl in der Lémanstadt, der keine Fehler vorgeworfen wurden, rechtfertigen. Die Verhaftung des Kommissars von Delle war richtig, seine auf politischen Druck hin erfolgte Freilassung jedoch vom juristischen wie vom politischen Standpunkt aus ein schwerer Fehler. Unsere Polizei hatte die von der Militärjustiz und der Bundesanwaltschaft im Interesse eines raschen Zugreifens gewünschte Mitarbeit nicht zu überprüfen, sondern entweder zu vollziehen oder aber aus kleinlicher Rücksicht auf die kantonalen Grenzsteine abzulehnen, wie sie es von nun an als gebranntes Kind tun wird; doch ist sie fest davon überzeugt, dass ohne ihre Hilfe das ganze Netz nie aufgedeckt worden wäre. Die Intervention der Französischen Botschaft dürfte dem Politischen Departement mehr Verlegenheiten als der Basler Polizei bereitet haben.

Verlauf und Abschluss der ganzen Affäre zeigen also, dass nur durch die von beiden Seiten geübte Selbstbeherrschung die Flucht in die Öffentlichkeit vermieden wurde.

2. *Neutralität und Friedensfrage*

Als im welschen Freiburg deutsche Professoren der dortigen Universität von Demonstranten insultiert wurden, weil sie angeblich veranlasst haben sollten, dass die mit französischen Evakuierten beladenen Züge auf ihrer Durchfahrt nicht mehr anhielten (was jedoch nur eine fahrplantechnische Massnahme war), forderte der Bundesrat die Kantone durch ein Kreisschreiben auf, durch strengeres Einschreiten gegen ausländische Hetzer die Territorialkommandos besser zu unterstützen. Das deshalb von der Regierung zum Bericht über seine Fremdenüberwachung beauftragte Polizei-Departement wies darauf hin, dass es auch ohne die meist verspäteten eidgenössischen Konfiskationsverfügungen schon längst anstössige Schriften beschlagnahme und darum weitere Schritte überflüssig seien. Erst als später die militärischen Instanzen Ausstellung, Verbreitung und Verkauf von Publikationen, die in Wort oder Bild fremde Staaten oder deren Oberhäupter beleidigten, als strafbar erklärten, machte das Polizei-Departement dies durch das Kantonsblatt bekannt. Die Beschwerden von Buchhändlern über die Schädigung ihres Absatzes wurden von der Polizei abgewiesen, weil sie für die ungleiche Handhabe der Zensur durch die verschiedenen Behörden nicht verantwortlich sei. Mehrfache Gesuche um die Bewilligung von Vorträgen über Kriegsgreuel durch schweizerische und fremde «Augenzeugen» wurden von der Regierung meist abgeschlagen, da sie sich auf den Wunsch des Bundesrats stützen konnte, alles für die Wahrung der Neutralität Abträgliche zu vermeiden.

Auch die Presse wies alle Versuche, unsere neutrale Haltung zu erschüttern, energisch zurück. Weder Drohungen ausländischer Organisationen aus beiden Lagern, uns nach dem Krieg durch den Boykott unserer Fremdenindustrie zu strafen, noch die Insinuation, zwischen Alt- und Neuschweizern zu unterscheiden, vermochten sie einzuschüchtern. Ein Artikel der «National-Zeitung» sprach es offen aus, dass die Pressfreiheit nicht dazu verpflichte, die innersten Gedanken auszudrücken, und dass die Zeitungen mit dem guten Beispiel der Selbstbeherrschung vorangehen müssten; denn da noch nicht sachlich über Recht und Unrecht der Kriegsparteien entschieden werden könne, dürfe man auch nicht im Namen der Menschlichkeit für eine der beiden optieren. Auch die «Basler Nachrichten» luden die welsche Presse im Namen des «Bon sens» ein, auf ihren falsch verstandenen Partikularismus zu verzichten und Selbstzucht zu üben. Sie begrüssten lebhaft den Bundesratsbeschluss, die Beschimpfung fremder Staaten zum Offizialdelikt zu erklären, und wünschten, dass eine zentrale Amtsstelle den Redaktionen die Verantwortung für die Publikation unkontrollierbarer Agenturmeldun-

gen abnehme; auch mahnten sie die Schweizer im Ausland, ihre Beobachtungen vorsichtig abzufassen, um nicht ihren Landsleuten im andern Lager zu schaden.

Seit dem Eintritt Italiens in den Krieg auf Seite der Ententemächte schloss sich nicht nur der Feuerkreis um unsere Marken und wurde die wirtschaftliche Abschnürung noch enger, sondern auch ideologisch hatte die Schweiz eine weitere Stellung zu verteidigen. Während sich das anfängliche Misstrauen der italienischen Öffentlichkeit gegen die Aufrichtigkeit unserer Neutralität (unser Generalstab sollte angeblich Österreich freien Durchzug zugestanden haben) beschwichtigen liess, weckten umgekehrt italienische Truppenverstärkungen an unserer Südgrenze in der Schweiz die Befürchtung, dies bezwecke eine Entblössung unserer Wacht am Jura zugunsten eines französischen Durchbruchs gegen Süddeutschland. Die Beruhigung kehrte ein, als die Presse zur Zurückhaltung in der Frage der Irredenta ermahnte, um Italien keinen Vorwand zu geben, sie auch gegen die Schweiz auszuspielen. Obschon Basel dem neuen Kampfplatz entrückt lag, nahm es dennoch starken Anteil an der Spannung, in die sich die Tessiner versetzt sahen. Dazu trug nicht wenig bei, dass unsere Landwehrmannen mehrmals jenseits des Gotthards Wache hielten und auf abgelegenen Posten das entsagungsvolle und anspruchslose Dasein einer gastfreundlichen und gut eidgenössisch gesinnten Bergbevölkerung schätzen lernten.

Da trotz dieser Ausweitung des Kriegs eine starke Sehnsucht nach Frieden aus allen Ländern vernehmbar wurde, schien der Gedanke, die Schweiz solle in Verbindung mit den andern neutralen Staaten eine Vermittlung anbahnen, Erfolg zu versprechen. Doch als Bundesrat Hoffmann auf eine Interpellation im Ständerat antwortete, ein solcher Schritt sei so lange aussichtslos, als sich nicht bei beiden Parteien die Einstellung zum Feind wandle, und dass konkrete Friedensvorschläge unsere Neutralität gefährden würden, mussten alle Hoffnungen auf ein baldiges Ende des Ringens einmal mehr begraben werden. Es schien wie eine Ironie des Schicksals, dass man erst nach unabsehbarem Blutvergiessen mit dem Erlöschen des Feuers infolge allgemeiner Erschöpfung rechnen durfte, wenn man nicht durch einen einseitigen Sieg-Frieden eine zeitweilige Waffenruhe mit späterem noch fürchterlicherem Morden und Hassen erkaufen wolle.

Die Sozialdemokratie entfaltete eine rege Agitation für einen raschen Friedensschluss, weil sie von dem riesigen Aderlass des Proletariats dessen Schwächung befürchtete. In Basel veranstaltete die Jugendorganisation am Jahrestag des Kriegsausbruchs eine Gedenkfeier für den ermordeten Vorkämpfer Jean Jaurès. Auf Anfang Oktober rief die Geschäftsleitung der Partei zu einer grossen Demonstation im ganzen Land auf; bei uns wurde

sie in Form eines Umzugs mit etwa 2000 Teilnehmern vom Marktplatz zum Münsterplatz, wo eine Protestresolution gegen die Fortsetzung des Kriegs beschlossen wurde, abgehalten.

Innerhalb der Parteileitung hatten zwar noch immer die gemässigten Elemente die Oberhand. Sie erklärten, zur gewaltsamen Eroberung des kapitalistischen Staates sei es noch zu früh, da das Proletariat noch zu wenig durchorganisiert und zu ungeschult sei; zuerst müssten den Arbeitern in den feindlichen Heerlagern die Augen über den Vernichtungswillen ihrer Regenten aufgehen. Doch am Rand der offiziellen Partei spielte sich ein Vorkommnis ab, mit dem sich die Führung wider Willen auseinandersetzen musste. Im Herbst trat im bernischen Zimmerwald eine Konferenz sozialistischer Vertreter kriegführender und neutraler Länder zusammen. In ihrem Schlussmanifest riefen sie die Werktätigen zur Aufkündung des Burgfriedens und zur Wiederaufnahme des aktiven Klassenkampfes auf, wenn auch eine revolutionäre Aktion noch unterbleiben sollte, um die Bewegung nicht durch Spaltung zu schwächen; doch müssten alle Staaten im Friedensvertrag auf Annexionen und Kontributionen verzichten. Die Geschäftsleitung der schweizerischen Partei hatte mehrheitlich die Einladung zur Konferenz abgelehnt, aber ihren Mitgliedern die Teilnahme erlaubt. Im «Vorwärts» wurde sie deswegen von Schneider der Lauheit und der Sabotage der internationalen Prinzipien angeklagt und eine Spaltung als das kleinere Übel dargestellt. Die Redaktion wehrte jedoch solche Anwürfe ab, weil sie die schwer errungene Position der Arbeiterschaft nicht durch «Jakobinertum» gefährden lassen wollte. Dass eine Parteiversammlung dem Standpunkt der Geschäftsleitung mit 69 zu 48 Stimmen beipflichtete, zeigte, dass sich im hiesigen Proletariat Gemässigte und Radikale noch einigermassen die Wage hielten; der schwache Besuch verriet aber auch, dass Unschlüssigkeit oder Gleichgültigkeit eine klare Stellungnahme verhinderten. Wenn dagegen der Parteitag mit 331 gegen bloss 51 Stimmen eine Resolution guthiess, die das Zimmerwalder Manifest begrüsste, so wollten sich vermutlich die Delegierten beim Parteivolk nicht dem Verdacht eines opportunistischen Schwankens aussetzen.

3. Die nationalpolitische Krise

Da die welsche Presse aus Spittelers Rede nur die Kritik an Deutschland heraushören wollte, hofften die «Basler Nachrichten», ein Patriot von jenseits der Saane möchte das Wort an seine engeren Landsleute richten. Die NHG erfüllte diesen Wunsch, indem sie am 25. Januar den Genfer Literaturhistoriker Paul Seippel einen öffentlichen Vortrag über «Die gegenwärtigen

Ereignisse vom Standpunkt der romanischen Schweiz betrachtet» halten liess. Doch war diese Rede weniger eine Kopfklärung im Sinne Spittelers als eine Warnung vor der Massensuggestion, die den Unterschied zwischen deutscher Kultur und preussischem Militarismus zu verwischen drohe, und eine Huldigung an Frankreich, dem die Rettung Europas vor der pangermanistischen Organisation zu verdanken sei. So gross die Ehre für Basel war, dass diese Worte in seinen Mauern klangen, so wenig konnten sie trotz der Beteuerung, Deutschland dürfe nicht zerschmettert werden, als Zeugnis einer überparteilichen Haltung gelten. Gerade weil Seippel das Bekenntnis zur romanischen Art für das Welschland als selbstverständlich beanspruchte, erwiderte ihm der Theologieprofessor Paul Wernle in einem Aufsatz, dass die Deutschschweizer mit gleichem Recht ihr Herz für Deutschland schlagen lassen dürften, ohne dadurch den eidgenössischen Staatsgedanken zu verraten; denn wir müssten auf das Miterleben der Grösse unserer Zeit verzichten, wenn wir die Stammesverwandtschaft mit der deutschen Kultur verleugneten. Da Wernle in der belgischen Frage den Notwehrstandpunkt der Reichsleitung gelten liess, forderte er nicht nur die Kritik des «Vorwärts» heraus, der die Rechtfertigung des Kriegs als unvereinbar mit der Heiligkeit des menschlichen Lebens erklärte, sondern er vertiefte den Graben zwischen den beiden Landesteilen; denn nicht nur die Welschen verteidigten nach wie vor das durch deutsche Gewalt verletzte Vertragsrecht. Aus diesem Dilemma zwischen Macht und Recht suchte der Historiker Emil Dürr einen Ausweg zu zeigen, weil es uns verhindere, im nur schweizerischen Interesse Stellung zur Weltpolitik zu beziehen; wir müssten endlich lernen, durch unsere Eigenart den Unterschied zwischen Politik und Kultur zu erkennen, statt unmerklich in fremde Mentalitäten hinüberzugleiten und selbstgerecht über andere Völker den Stab zu brechen.

Dass der Kampf um unsere geistige Unabhängigkeit die meisten Lehrer der akademischen Jugend stark beschäftigte, bewies eine von über 300 schweizerischen Hochschuldozenten unterzeichnete Kundgebung, unter denen auch 44 von Basel figurierten. Sie bekannten sich zum Ideal der über dem Völkerhass stehenden freien Erforschung der Wahrheit und zum Geist der internationalen Gelehrtenrepublik. Dieses Manifest darf als natürliche Reaktion auf die von überall auf uns eindringenden Versuchungen gelten, durch Schuldbezichtigungen die objektive Erkenntnis der Kriegsursachen zu trüben. Da zudem eine gewisse deutsche Publizistik immer unverhohlener alldeutsche Expansionsgelüste zu Wort kommen liess, untergrub sie das Vertrauen in die Rechtlichkeit unseres nördlichen Nachbars wirksamer als die grimmigste französische Hetzliteratur. Auch die Parteinahme zweier in Deutschland lebender Schweizer Schriftsteller, des Berners Mühlestein und

des Baselbieters Jakob Schaffner, für pangermanistische Programme, denen die staatliche Existenz der Eidgenossenschaft zum Opfer gefallen wäre, weckte bei uns Zorn und Entrüstung, weil sie als offener Verrat am Vaterland nicht einmal mehr als Ausdruck subjektiver Gedankenfreiheit toleriert werden konnte.

Die Tendenz aller Kriegführenden, ihre nationale Kultur in den Dienst der politischen Propaganda einzuspannen, bewog die NHG, dem Vertrieb solchen Materials entgegenzutreten. Dafür stellte sie unserem Volk konkrete Aufgaben, indem sie prominente Männer Vorträge über aktuelle Fragen halten liess (in Basel sprachen ausser Seippel der Freiburger de Reynold über «La Suisse romande», der Bauernsekretär Laur über «Landwirtschaft und Industrie» und Gelpke über «Mitteleuropäische Wirtschaftsgemeinschaft»). Damit stärkte sie im besonnenen Bürgertum die Mitverantwortung für unsere nationale Selbsterhaltung, hinter der stammesmässige und kulturelle Affinitäten mit den Nachbarmächten zurücktreten müssten. Da das Jahr 1915 noch im Zeichen der Hegemonie Deutschlands stand, geriet die NHG in den ungerechten Verdacht, sie besorge durch ihre Warnung vor der Anbetung äusserer Erfolge das Geschäft der französischen Propaganda und leiste den welschen Vorwürfen an die deutsche Schweiz in der belgischen Frage Vorspann.

Eine Broschürenserie «Stimmen im Sturm aus der deutschen Schweiz» erregte bei uns eine um so leidenschaftlichere Diskussion, als zu ihren Herausgebern auch einige Basler gehörten. Sie katalogisierte einzelne hemmungslose welsche Ausfälle gegen Deutschland und brandmarkte den überheblichen Ton gegenüber der deutschen Schweiz, der in Entgleisungen gewisser welscher Zeitungen vernehmbar war, und suchte damit zu beweisen, dass die Schuld am Graben nur jenseits der Saane liege; ferner nannte sie es unehrlich, wenn man die Uneinigkeit der Eidgenossen durch Wunschträume vertuschen wolle, da die Zuneigung für eine Kriegspartei nur dann gefährlich sei, wenn sie in Schmähungen gegen die andere ausarte. Obschon sich die Herausgeber amtlich bestätigen liessen, dass nur Schweizerbürger in ihre Vereinigung aufgenommen würden, lehnten doch viele Leser ihre Taktik als ungebührliche Provokation der Welschen ab.

Im Sommer stellten die «Basler Nachrichten» die betrübliche Diagnose, die Eidgenossenschaft sei durch gefährliche Fremdkörper ernstlich erkrankt; die Zensur sei als Vorbedingung einer Heilung unentbehrlich geworden, obschon sie nur Symptome, nicht die Ursachen bekämpfen könne. Dass auch dies noch zu optimistisch geurteilt war, sollte leider die Folgezeit erweisen.

4. *Die wirtschaftspolitische Krise*

Je weiter der Stellungskrieg mit seinem Auf und Ab von Geländegewinnen und -verlusten eine rasche militärische Entscheidung hinausschob, desto intensiver bemühten sich die Kriegführenden, den Gegner durch die Blokkade zu erwürgen. Obschon die Schweiz für ihre Versorgung wie ihren Handel auf die Verständigung mit beiden Seiten angewiesen war, konnte sie es nicht verhindern, dass die völkerrechtliche Garantie ihrer Zufuhren aus neutralen Ländern, besonders aus Amerika, durch Konfiskationen und Sperren verletzt und Erleichterungen nur gegen die Zusicherung gewährt wurden, dass die Ware oder daraus hergestellte Fabrikate nicht dem Feind zugeführt würden. Die Errichtung der Treuhandstelle in Zürich für die deutsche Einfuhr im Juni und die Gründung der «Société Suisse de Surveillance» in Bern im September für diejenige aus Ententegebieten sicherten die Versorgung mit dem Notwendigsten, indem die Kontrolle der Verwendung der Waren schweizerischen Vertrauensleuten überantwortet wurde. Da die Basler Industrie von der Rohstoffkrise nicht so schwer wie die von der Verarbeitung der Baumwolle lebenden ostschweizerischen Textilfabriken betroffen wurde, können wir uns mit einem raschen Einblick in die hiesige Presse begnügen, die in der Erkenntnis der eminenten Bedeutung des Problems für die wirtschaftliche Existenz des ganzen Landes Verlauf und Ergebnis der zähen und unerfreulichen Verhandlungen ausgiebig besprach. Übereinstimmung herrschte bloss in der Überzeugung, dass keine andere Wahl als Annahme der Abmachungen übrig blieb, wenn nicht die gesamte Wirtschaft zusammenbrechen sollte, und dass der Trust die einzige Waffe sei, der bisherigen Schnüffelei ausländischer Agenten ein Ende zu machen. Während die «Basler Nachrichten» das Recht der Schweiz betonten, Deutschland Kompensationswaren für die von ihm gelieferten Kohlen und Metalle zu gewähren, hoffte die «National-Zeitung», das Reich werde uns notfalls mit einem Teil dessen versorgen können, was uns die Entente vorenthalte, und lud den Bundesrat ein, es unter Umständen auf den Bruch mit Frankreich und England ankommen zu lassen, da ein demütigender Trust unsere Versorgung doch nicht unbedingt garantieren könne; jedenfalls dürften Kompromisse nur unter Protest geschlossen werden, damit im Volk das Rechtsbewusstsein intakt bleibe. Indem der «Vorwärts» der Treuhandstelle mehr Misstrauen als der «Société Suisse de Surveillance» entgegenbrachte, spiegelte sich darin seine zunehmende Antipathie gegen Deutschland, während die «National-Zeitung» am Glauben festhielt, das Reich sei der zuverlässigere Geschäftspartner als die im Feld so schwer geschlagene Entente, weil es doch nicht ausgehungert werden könne. In den städtischen Konsumentenkreisen fand die «Société

Suisse de Surveillance» einen gewissen Kredit, weil der VSK sich daran beteiligte und weil Basel durch Nationalrat Jäggi darin vertreten war.

Die Trustfrage hatte aber noch eine weitere, für die Zukunft wichtige ideologische Bedeutung: jetzt wurde erstmals die ausschlaggebende Rolle der führenden Seemacht England erkannt. Bisher hatte man den britischen Löwen fast nur durch die deutsche Brille betrachtet, und die Rücksichtslosigkeit, mit der die englischen Kolonialbehörden gegen die Stationen der Basler Mission in Indien und Afrika vorgingen – auch Schweizerbürger wurden längere Zeit interniert, bevor ihnen die Heimreise gestattet wurde –, hatte vor allem in kirchlichen Kreisen Abneigung gegen das Inselreich geweckt. Gleichviel, ob man die Ausweitung des deutschen Unterseebootkriegs oder die englische Einschränkung der Freiliste der für die Neutralen bestimmten Transitwaren als das schwerere Vergehen gegen das Völkerrecht verurteilte, uns Landratten mussten endlich die Augen über die Faktoren Seekrieg und überseeische Verbindungen im Völkerringen aufgehen.

Natürlich wurde die Einstellung der Handelskreise zu den beiden Kriegsparteien durch die wirtschaftlichen Restriktionen, die wir in abgestuften Dosierungen zu spüren bekamen, beeinflusst. Mehrfach warnten die Auslandkorrespondenten unserer Presse vor der Versuchung, durch Denunzierung der Konkurrenz bei Amtsstellen Importbewilligungen ergattern zu wollen; die glaubwürdigste Empfehlung der schweizerischen Integrität sei ihre selbstlose Liebestätigkeit für die unschuldigen Opfer des Kriegs. Andere Stimmen, welche die Humanität zum Kompensationsobjekt in den Verhandlungen über die Landesversorgung degradieren wollten, vermochten glücklicherweise nicht durchzudringen. Es war sicher auch nicht unangebracht, wenn selbstgerechte Ankläger der Grossmächte davor gewarnt wurden, aus unserem naturgegebenen Verzicht auf Expansion eine Tugend zu machen, die dem Ausland lächerlich erscheinen musste.

5. Basels Stellungnahme zur Erhaltung des Landeskredits

Gemäss dem Ratschlag des Bundesrats beschloss die Bundesversammlung, die eidgenössische Kriegssteuer in Form einer Verfassungsrevision dem Entscheid des Volkes zu unterstellen. In Basel schien die Annahme von vornherein gesichert, da ausser den zentralistisch eingestellten Freisinnigen und Sozialdemokraten auch die sonst föderalistisch und antietatistisch gesinnten Liberalen erkannten, dass dem Bund zur Begleichung der täglich wachsenden Mobilisationskosten eine neue Finanzquelle verschafft werden musste. Nationalrat Speiser leistete wertvolle Pionierarbeit, indem er in einem in

der Statistisch-Volkswirtschaftlichen Gesellschaft gehaltenen Vortrag darstellte, dass die einseitige Verlagerung des Staatshaushalts auf Anleihen den Landeskredit gefährden würde; die relativ starke Progression der vorgesehenen Steuerskala und die Heranziehung der juristischen Personen lasse sich rechtfertigen, da es sich um eine einmalige Erhebung handle. Nachdem in einer Volksversammlung auch Bundesrat Schulthess, der Vorsteher des Volkswirtschafts-Departements, für die Vorlage geworben hatte, nahm Basel-Stadt in der Abstimmung vom 6. Juni mit 12916 Ja gegen nur 344 Nein überwältigend an und stellte sich damit mit nur 2,5% Verwerfenden an die Spitze der annehmenden Stände.

Vielleicht hätte sich kein so glänzendes Resultat ergeben, wenn man gewusst hätte, dass in den dem Referendum entzogenen Ausführungsbestimmungen den Steuerpflichtigen eine Pauschaldeklaration zugestanden werden sollte, wodurch die Kantone mit schlechter Steuermoral und ungenügender Taxation begünstigt wurden. Es war deshalb nicht verwunderlich, dass der schon bald auftauchende Vorschlag, die direkte Bundessteuer als permanente Institution einzuführen (der Kriegseintritt Italiens, der zur Verstärkung der Grenzwacht nötigte, war ebenso sehr Vorwand wie Ursache zu dessen Propagierung), bei den selbständig Erwerbenden bis tief in den Mittelstand hinein auf heftige Opposition stiess. Dagegen trat die «National-Zeitung», welche sich für die Interessen der Fixbesoldeten verwandte, offen dafür ein. Sie erklärte, die Frage dürfe nicht nach staatsrechtlichen Gesichtspunkten, sondern müsse als politisches Problem entsprechend der tatsächlichen Lage gelöst werden; eine neue Ausscheidung der steuerlichen Kompetenzen des Bundes und der Kantone bilde die Grundlage einer Gesamtkonzeption des finanziellen Gleichgewichts und werde vom Volk, dem die Ordnung Ehrensache sei, eher als Vorschläge von Ersatzleistungen angenommen werden; die föderalistischen Bedenken wegen der kantonalen Autonomie müssten hinter dem wichtigeren Landesinteresse zurücktreten. Sollte jedoch die Bundessteuer beim Volk keine Gnade finden, so müsste man schliesslich doch noch zu den Geldkontingenten greifen, um die Kantone zur Verbesserung ihrer Steuergesetze zu zwingen und die direkte Bundessteuer auf kaltem Weg zu erreichen. Dass die Sozialdemokraten noch unbedenklicher für die Neuerung eintraten und sie als Eckstein eines tragfähigen Finanzgebäudes proklamierten, war bei ihrer antikapitalistischen Anschauung selbstverständlich. Sie hatten die Annahme der Kriegssteuer durch das Volk begrüsst, aber die patriotischen Motive des Bürgertums, das kleinlich seine Vorteile berechnet habe, bezweifelt; dass das steuerfreie Einkommenminimum bloss auf 2500 Franken herabgesetzt war, erschien ihnen als Schönheitsfehler. Der Parteitag beschloss auf Antrag von Nationalrat Wullschleger, der als erfahrener

Finanzmann galt, eine Initiative für eine dauernde progressive Bundessteuer auf Einkommen und Vermögen der natürlichen und juristischen Personen zu entwerfen; auch wenn sie unterliegen sollte, versprach er sich von einem Achtungserfolg wenigstens die Wirkung, dass der Bund nicht wagen werde, die indirekten Abgaben zu erweitern.

Wenn sich also gegenüber dem Vorjahr die Ansichten entlang den Parteigrenzen versteiften, so war dies nicht nur durch die Verschärfung der wirtschaftlichen Interessengegensätze, sondern auch durch die zunehmende Dogmatisierung der nationalökonomischen Anschauungen bedingt. Diese Erscheinung liess sich auch bei der Bewertung der Anleihen und der Monopole beobachten. Obwohl der Werktätige kaum in den Fall kam, sich durch die Zeichnung einer Anleihe «ausbeuten» zu lassen, wurde diese Geldquelle des Staates vom «Vorwärts» abgelehnt, weil sie die Zinsen erhöhe und den Staat der Willkür der Banken ausliefere, die durch ihr Syndikat die Ermässigung des Zinsfusses unter 5% verhinderten und die Hypothekardarlehen verteuerten; in letzter Linie müsse dann auch der kleine Steuerzahler für die Geldteuerung büssen. Der Monopolgedanke (im vordersten Rang stand die Frage des Tabakmonopols, und von den Sozialisten wurde bereits die Monopolisierung der Lebensversicherungen in die Diskussion geworfen) wurde von den «Basler Nachrichten» bekämpft, weil er die kleinen Betriebe und die persönliche Initiative ersticke und den Konsum verteure; die «National-Zeitung» befürwortete ihn, weil sie sich eine für den Staat rentable Betriebsrationalisierung davon versprach; der «Vorwärts» steigerte den Preis seiner Zustimmung, indem er ausser der Reservierung des Ertrags auch das Einverständnis des Freisinns mit dem Proporz für den Nationalrat verlangte. Von solchen parteipolitischen Berechnungen stach eine Broschüre des späteren Regierungsrates Hauser wohltuend ab, in welcher er indirekte Steuern, das rote Tuch seiner Parteigenossen, und Schutzzölle auf Luxusartikel für annehmbar erklärte; die kantonalen Anteile an Bundeseinnahmen sollten geschützt werden, sofern dadurch die unteren Schichten von Steuern möglichst entlastet würden.

Nationalrat Speiser schlug bei der Beratung des Budgets für 1916 vor, die Einnahmen der Kriegssteuer und die Ausgaben für die Mobilisation auf einem gesonderten Konto zu verbuchen und den verdoppelten Militärpflichtersatz dem Bund zu reservieren; ferner sollte eine Wehrsteuer, der auch die Ausländer und die juristischen Personen unterworfen sein sollten, an die Stelle einer permanenten Bundessteuer treten. Dies entsprach auch dem von den «Basler Nachrichten» empfohlenen Grundsatz, alle neuen Einnahmen gesetzlich für bestimmte Zwecke vorzubehalten und eine eventuelle Besteuerung der Kriegsgewinne den Kantonen zu überlassen.

Zu immer grösseren Opfern waren aber die besitzenden Kreise nur bereit, wenn auch die Ausgaben nach ihrer Notwendigkeit überprüft wurden. Sie erwarteten vor allem eine Reduktion der Subventionen und eine Reorganisation der eidgenössischen Betriebe, besonders der SBB. Zwar traten auch die «Basler Nachrichten» für die Wiederherstellung der Vorkriegsbesoldungen des Personals ein, verlangten aber, da die Löhne 67% der Ausgaben ausmachten und der Schuldendienst für die Anleihen den Betriebsüberschuss um 17 Millionen überschritt, einen Abbau der Kreisdirektionen und die Entpolitisierung der Verwaltung; auch sollten die Besoldungen den Leistungen besser angepasst werden. Die «National-Zeitung» plädierte demgegenüber eher für die wirtschaftliche Besserstellung des unteren Personals, das durch schweren Dienst, lange Arbeitszeit und geringe Aussicht auf Beförderung benachteiligt sei.

Die Eröffnung des Münster–Grenchen-Tunnels im Herbst verbesserte zwar die Verbindung Basels mit der Westschweiz, konkurrenzierte aber indirekt durch den verkürzten Anschluss an den Simplon die Hauptlebensader unseres Transits, die Gotthardlinie nach Italien. Deshalb befürwortete die Basler Presse den raschen Ausbau der Doppelspur und die Beschleunigung der Schnellzüge, damit die durch die bevorstehende Eröffnung des Hauenstein-Basistunnels zu gewärtigende Verdichtung des Verkehrs bewältigt werden könne. Ein weiteres Postulat betraf die direkte Verbindung des Wolfbahnhofs mit der Eisenbahnbrücke der Basler Verbindungsbahn.

6. Ausblick

Wie weit hatte sich im Basler Volk die Einstellung zum Kriegsgeschehen und zur Lage des Vaterlandes im Lauf des Jahres 1915 gewandelt? Trotzdem die deutschen Armeen tief nach Russland und in den Balkan eingedrungen waren, verstärkte sich die Einsicht, dass auf Seite der Entente vor allem England über ein bei weitem noch nicht ausgeschöpftes Kriegspotential an Menschen und Material verfüge und dass sich deshalb das Ende noch lange hinausziehen könne. Dennoch liessen sich bei uns immer noch viele vom Wunschdenken beherrschen und trösten, die durch die unerhörten Verluste und Entbehrungen erschöpften Völker würden noch vor einer Entscheidung auf den Schlachtfeldern zusammenbrechen und dadurch den Abbruch des Kampfes erzwingen. Doch gerade eine solche Perspektive erzeugte auch die Vermutung, der unter einer trügerischen Asche weitermottende Hass werde neuen Rüstungen rufen, so dass auch die Schweiz, über der ein Angriff nach wie vor als latente Gefahr schwebte, nicht an Abrüstung denken dürfe.

Die Handelsstadt Basel blickte mit noch grösserer Sorge in die nicht minder undurchdringliche wirtschaftliche Zukunft. Denn es schien wahrscheinlich, dass unabhängig vom militärischen Ausgang des Kriegs die beiden Heerlager sich in permanente Wirtschaftsblöcke verwandeln würden, zwischen denen die Kleinstaaten ersticken müssten. Deshalb stellten sich weitsichtige Führer unserer Industrie schon jetzt darauf ein, planmässig und energisch in den kommenden Wettkampf einzugreifen, um der Schweiz Lebensluft und Bewegungsfreiheit zu erhalten. Dagegen kapselten sich die Sozialdemokraten in ihr Dogma vom notwendigen Zusammenbruch des Kapitalismus als Voraussetzung einer besseren Welt ein; darob versäumten sie die Mitarbeit an konstruktiven Plänen innerhalb der geltenden Ordnung. So verständlich die Erbitterung der vielen Werktätigen war, die nur noch knapp von der Hand in den Mund leben konnten, so bedauerlich und unheilverkündend war es, dass sich immer deutlicher die geistige Abspaltung der Arbeiterschaft vom Ideal der vaterländischen Einigkeit abzeichnete.

So stand Basel Ende 1915 vor einer wachsenden Last ungelöster Aufgaben. Wenn es wie seine Miteidgenossen die Schwelle zum neuen Jahr dennoch tapfer überschritt, so schöpfte es seine Zuversicht aus dem Bewusstsein seiner noch ungebrochenen Kraft. Und wollte etwa der Kleinmut die Oberhand gewinnen, so mahnte der Geschützdonner vom nahen Kriegsschauplatz daran, dass unsere Beschwerden unvergleichlich leichter zu ertragen waren als die unsäglichen Leiden der in den Krieg verstrickten Völker.